

Samdhong Rinpoche

# Die Tibeter und die Demokratisierung



**Professor Samdhong Rinpoche, Präsident des tibetischen Parlaments im Exil, hielt diesen Vortrag am 13. Mai 1994 im Hamburg. Die Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland hatte ihn dazu eingeladen.**

Es herrscht allgemein der Glaube, daß Demokratie eine westliche Erfindung sei. Gemäß buddhistischer Auffassung existierte jedoch schon zur Zeit Buddhas in Indien ein demokratisches System. Vor Buddha und zur Zeit des Buddha gab es einige Staaten in Indien, die bereits ein solches System hatten, z.B. Vaiśālī.

Weiterhin herrscht allgemein die Auffassung, daß die Regierung Tibets eine theokratische gewesen wäre. Auch das stimmt nicht ganz. Tibeter sind meistens Buddhisten, und die Buddhisten sind

keine Theisten, sondern Atheisten; wenn die buddhistische Religion Einfluß auf das politische System hatte, kann es folglich keine Theokratie gewesen sein.

Das politische System Tibets war keine vollständige Demokratie, aber das tibetische Volk hatte vor dem Einmarsch der Chinesen ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen. Seit dem 13. Jahrhundert wurde die Regierung von der Sakya-Tradition gestellt, und es gab eine Volksversammlung. Diese existierte bis zum Jahre 1959 und war das oberste Entscheidungsgremium. Sie hieß »Die

große Versammlung«, und alle Bevölkerungsschichten waren in ihr repräsentiert: die Regierung, die Klöster, die Handwerker und die gewöhnlichen Bürger. Die Vertreter wurden jedoch nicht gewählt, sondern aufgrund ihrer besonderen Stellung zu Mitgliedern ernannt.

Weiter herrscht die Meinung vor, daß die tibetische Demokratisierung durch den Einmarsch der Chinesen in Tibet bewirkt wurde. Auch das ist nicht richtig. Schon der 13. Dalai Lama hat in den letzten Jahren seiner Regierungszeit die Notwendigkeit betont, das politische System zu reformieren. Unglücklicherweise fand er keine politischen Vertreter, die bereit gewesen wären, ihn dabei zu unterstützen.

## Chinesische Besetzung machte Reformprozeß in Tibet zunichte

Der heutige 14. Dalai Lama hat, als er noch ein Junge war, schon Diskussionen darüber geführt, was erforderlich wäre, um das Regierungssystem in Tibet zu modernisieren. Er diskutierte mit den Kommilitonen und auch mit seinen Dienern, wie man die Verfassung von Tibet modernen Ansprüchen anpassen könnte. Er hatte schon damals daran gedacht, eine demokratische Verfassung in Tibet zu etablieren, sobald er mit 18 Jahren die Regierung in Tibet übernehmen würde. Im Jahre 1949 wurde Tibet von der chinesischen Armee angegriffen und bis zur Provinz Chamdo militärisch besetzt. Zu diesem Zeitpunkt war der Dalai Lama erst 16 Jahre alt und mußte noch zwei Jahre warten, ehe er die weltliche Macht übernehmen konnte.

Angesichts der drohenden Gefahr, die vom chinesischen Militär ausging, baten der Regent und die Versammlung Seine Heiligkeit, schon zu diesem Zeitpunkt vorübergehend die politische Macht zu übernehmen, obwohl er noch nicht die Volljährigkeit erreicht hatte. Gleich einen Tag, nachdem er die Regierung provisorisch übernommen hatte, mußte er sich aufgrund der chinesischen Bedrohung in die Nähe der indischen Grenze Tibets zurückziehen. Etwa eineinhalb Jahre lang war er damit beschäftigt, sich um die Folgen der chinesischen Besatzung zu kümmern.

1951 wurde – unter dem politischen Druck der Chinesen – das »17 Punkte-Abkommen« abgeschlossen. Die Gefahr weiterer militärischer Angriffe war damit wenigstens für eine gewisse Zeit gebannt. Zu dieser Zeit sah es der Dalai Lama als seine vorrangige Aufgabe an, das Regierungssystem zu demokratisieren und zu modernisieren. Sofort rief er ein Reform-Komitee ins Leben, das aus 64 Mitgliedern bestand; diese sollten Vorschläge machen, wie das politische System stufenweise zu reformieren sei. Das Komitee lieferte eine Reihe von Zwischenberichten, um zahlreiche gesellschaftliche Institutionen zu reformieren, zum Beispiel das Leih- und Schulensystem; auch sah

man eine Landreform und eine Neuordnung der Administration der Bezirke vor. Diese sehr wirksamen und populären Reformvorschläge verstörten die chinesischen Besatzer, und sie begannen nach etwa zwei bis drei Jahren, auf sehr nachteilige Weise in den Reformprozeß einzugreifen. Seine Heiligkeit war über diese Einmischung sehr enttäuscht, und nach 1954/55 konnten eine ganze Reihe von Neuerungen aufgrund chinesischer Einmischung nicht ausgeführt werden.

## Der Dalai Lama verordnete die Demokratie

Im Jahre 1959 mußte der Dalai Lama zusammen mit zehntausenden seiner tibetischen Landsleute aus seiner Heimat fliehen und in Indien Asyl suchen. Dort sah sich Seine Heiligkeit mit vielen drängenden Problemen konfrontiert: die Ansiedlung der Flüchtlinge, die Erziehung der Kinder, die neue Organisation des Klosterlebens. Trotz all der Probleme vergaß der Dalai Lama nicht, sein Anliegen einer Demokratisierung des Regierungssystems weiter zu verfolgen. Nach neun Monaten in Indien, Anfang 1960, empfing er in Bodh Gayā eine Reihe tibetischer Flüchtlinge. Es war das erste Mal seit der Flucht aus Tibet, daß eine größere Anzahl von Tibetern mit dem Dalai Lama zusammentreffen konnte.

Seine Heiligkeit nutzte diese Gelegenheit, um mit den Menschen über die Frage zu diskutieren, wie das System demokratisiert werden könnte. Zu dieser Zeit waren alle Tibeter der Meinung, daß es keine Notwendigkeit für eine Reform gebe; alles, was sie brauchten, sei die Führung Seiner Heiligkeit, wie früher. Der Dalai Lama aber bestand auf seinem Standpunkt; es sei unbedingt notwendig, das System zu verändern und eine Versammlung von gewählten Volksvertretern zu gründen. Trotz des großen Zögerns der Tibeter befahl der Dalai Lama beinahe, zwölf Mitglieder aus verschiedenen Regionen Tibets zu wählen, die mit Seiner Heiligkeit in Dharamsala an diesen Fragen arbeiten sollten. Diese Zwölfer-Versammlung, der erste Rat der

tibetischen Volksvertreter, begann seine Arbeit am 2. September 1960. Seitdem feiern wir den 2. September als Demokratietag, denn es war die erste Versammlung aus gewählten Vertretern.

1961 erließ Seine Heiligkeit Richtlinien für eine zukünftige demokratische Verfassung. 1963 legte er einen vollständigen Verfassungsentwurf für ein zukünftiges demokratisches Tibet vor. Seine Heiligkeit legte sehr viel Wert darauf, daß die Exilregierung der Tibeter demokratisch funktionierte. Aber die Tibeter im Exil kooperierten in diesem Punkt nicht vollständig mit dem Dalai Lama. Immer wieder drängte der Dalai Lama darauf, schnellere Fortschritte bei der Demokratisierung zu machen. Aber die tibetische Öffentlichkeit war in dieser Hinsicht nicht sehr enthusiastisch – einerseits aufgrund mangelnder Erziehung und politischer Einsicht, andererseits aufgrund der Furcht, daß mit einer Demokratisierung die Führung durch den Dalai Lama verlorengehe. Wir hatten eine schwierige Zeit bei dem Versuch, die Träume des Dalai Lama Realität werden zu lassen. Unsere Geschichte der Demokratie verläuft sozusagen verkehrt: In anderen Ländern verlangt das Volk die Demokratie, in unserem Fall drängt der Führer auf Demokratie.

Im Mai 1990 faßte Seine Heiligkeit einen radikalen Entschluß, denn wenn er warten würde, bis das Volk reif für die Demokratie wäre, würde das System sich in nächster Zukunft nicht verändern. Also sollte die Demokratie dem Volk quasi per Diktatur auferlegt werden. Der Dalai Lama löste die 10. Volksversammlung auf und mit ihm die Regierung, den Kaschag. Er schuf damit ein Vakuum, einen regierungs- und parlamentslosen Zustand. Eine andere Versammlung mit 260 Mitgliedern aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Gebieten und Flüchtlingslagern wurde einberufen. Aus dieser Versammlung sollte eine Interimsregierung gewählt werden. Außerdem rief er ein Komitee ins Leben, das einen Verfassungsentwurf für die Zukunft und eine Charta für die politische Organisation im Exil ausarbeiten sollte. Ich war einer der Mitglieder dieses Verfassungsausschusses.

## Demokratisierung im Exil nach bekannten Mustern

Die Anzahl der Vertreter in der Versammlung, die vorher 17 betragen hatte, wurde auf 43 erhöht. Man bildete eine unabhängige Wahlkommission, die eine faire und freie Wahl der Volksvertreter gewährleisten sollte. Innerhalb eines Jahres erarbeitete die Kommission Regeln für die Durchführung der Wahl, und während dieser Zeit konnten die 43 Volksvertreter aus allen Gebieten der tibetischen Diaspora gewählt werden. Zur gleichen Zeit arbeitete der Verfassungsausschuß Tag und Nacht, um eine Charta für die politische Organisation im Exil zu entwerfen. In dieser wurden die Zuständigkeiten und Funktionen der Exilregierung sehr klar beschrieben: Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative wurde exakt gemäß den modernen Prinzipien der Demokratie vorgenommen. In diesem Jahr entwarf man eine Charta mit 115 Artikeln in sieben Abschnitten. Die neue, vergrößerte Versammlung der tibetischen Volksvertreter übernahm ihr Amt am 29. Mai 1991. Seine Heiligkeit eröffnete an diesem Tag die Versammlung und gab ihr den Verfassungsentwurf für die Tibeter im Exil. Der Dalai Lama bat die Versammlung, diesen Entwurf zu diskutieren und entsprechend den demokratischen Gepflogenheiten anzunehmen. Wir haben über drei Wochen lang sehr intensiv diesen Entwurf diskutiert und ihm dann zugestimmt.

Gemäß der Charta ist die gewählte Versammlung der tibetischen Volksvertreter – wir nennen es das tibetische Parlament im Exil – das höchste Entscheidungs- und Gesetzgebungsorgan. Die vollziehende Gewalt, die Exekutive, befindet sich in den Händen der Regierung und besteht aus sieben Kabinettsmitgliedern. Die Regierung, der Kaschag, wird in geheimer Abstimmung von den Mitgliedern des Parlaments gewählt. Das Kabinett ist dem Parlament verantwortlich, rechenschaftspflichtig und muß entsprechend den Richtlinien der Volksversammlung arbeiten. Die Regierung bleibt solange im Amt, wie sie das Vertrauen der Volksversammlung genießt.

Seine Heiligkeit hat sich damit einverstanden erklärt, solange der Führer des tibetischen Volkes zu bleiben, bis Tibet seine Freiheit wiedererlangt. Seine Befugnisse und Aufgaben sind in der Charta genau festgelegt. Seine Heiligkeit, als Staatsoberhaupt, soll die Gesetze und Richtlinien der Volksversammlung genehmigen. In dieser Eigenschaft kann er die Gesetze, die ihm vorgelegt werden, ein einziges Mal an das Parlament zurückgeben und seine Empfehlungen dazu formulieren. Wenn das Parlament den Entwurf zum zweiten Mal ohne weitere Zusätze an ihn zurückgibt, hat Seine Heiligkeit nur noch zwei Möglichkeiten: entweder trotz seiner Vorbehalte das Gesetz zu unterzeichnen oder es zur Volksabstimmung im Exil zu bringen. Seine Heiligkeit als Staatsoberhaupt orientiert sich in seiner Arbeit an den Empfehlungen der Regierung. Außerdem sieht die Charta vor, daß die Vollmachten und Befugnisse Seiner Heiligkeit aufgehoben und einem Regentenrat übergeben werden, wenn zwei Drittel der Volksvertreter es für richtig halten.

Es gibt auch Bestimmungen über regierungsunabhängige Kommissionen, die ohne Störung arbeiten und nicht vom Parlament abgesetzt werden können, wenn sie einmal vom Dalai Lama ernannt wurden – diese sind z.B. die Kommissionen für Wahlen, den öffentlichen Dienst usw.

Da wir in Indien im Exil leben, können wir keine vollständige Gerichtsbarkeit einrichten, wir müssen innerhalb der indischen Gesetze leben. Anstelle einer unabhängigen Rechtspflege haben wir eine unabhängige Justizkommission. Diese entscheidet über die Auslegung der Charta und in Streitfragen, die nicht die indischen Gesetze, sondern nur die Tibeter im Exil betreffen. Auf diese Weise arbeiten Regierung und Verwaltung innerhalb der Charta.

### Mitgefühl als Säule des politischen Systems

Das Ziel dieser Arbeitsweise ist vor allem, der tibetischen Bevölkerung im Exil politische Erfahrungen und Erziehung

zu vermitteln, so daß – wenn Tibet seine Freiheit wiedergewinnt und die im Exil lebenden Tibeter in ihre Heimat zurückkehren – sie den dort gebliebenen Tibetern helfen können, einen demokratischen Staat zu bilden. Zu diesem Zweck hat Seine Heiligkeit bereits Richtlinien für ein zukünftiges Tibet verfaßt. Zudem bereiten wir eine Reihe von Modellen für eine zukünftige Verfassung für ganz Tibet vor. Wenn wir zurückgehen, können wir sie den Tibetern dort vorlegen. Wollen sie ein präsidiales oder parlamentarisches System, werden wir eines vorschlagen können, bevorzugen sie ein deutsches Modell, ein japanisches Modell oder ein italienisches Modell – wir bereiten alle Arten von Modellen vor. Denn die Tibeter in Tibet haben keine Informationsquellen, sie leben unter einem totalitären Regime. Wir müssen ihnen also den Weg zeigen. Aber es ist überhaupt nicht unsere Absicht, zurückzugehen und ihnen eine Regierung vorzusetzen. Wenn Tibet seine Freiheit zurückerlangt, werden die Menschen, die jetzt in Tibet leben, Tibet auch regieren. Wir werden dann Urlaub machen.

In all unseren Verfassungsentwürfen haben wir drei Prinzipien: Erstens das Prinzip der Wahrheit, zweitens die Gewaltlosigkeit und drittens die Demokratie. Auf diesen Prinzipien sollte jede Verfassung aufgebaut sein. Es wird eine einzige Quelle für die Motivation und das politische Handeln geben: das Mitgefühl. Alle staatlichen Handlungen sollten vom Geist des Mitgefühls motiviert sein und ausgeführt werden. Wenn wir politische Programme machen, werden sie eine philosophische Grundlage haben: das Gesetz des Abhängigen Entstehens.

### Fragen

*Frage:* Was symbolisiert die Fahne?

*S.R.:* Die Fahne hat eine sehr tiefgründige Symbolik, ich kann hier nur in groben Zügen antworten. Die beiden Löwen symbolisieren die Berge Tibets, in denen Schneelöwen leben sollen. Außerdem stellen sie die beiden Stände dar – den weltlichen und den geistlichen. Das flammende Juwel steht für das Glück,

das Wohlergehen des Volkes. Dieses kann nur gedeihen, wenn es von den beiden Ständen unterstützt wird.

Der Zustand Tibets wird am besten charakterisiert durch die Einheit in der Verschiedenheit. Die Sonne steht für die Weisheit. Die rote und blaue Farbe markieren die Kombination von unmittelbarem und langfristigen Nutzen. Die goldene Umräumung ist das Symbol für die Moral. Die Gesamtheit des Staates wird durch die moralische Stärke zusammengebunden.

*Frage:* Ich möchte gerne wissen, wie das Exil-Parlament organisiert ist. Wir haben bisher noch nichts über Parteien gehört. Welche Rollen spielen die religiösen Traditionen?

*S.R.:* Im Moment haben wir keine politischen Parteien. Es gibt eine intensive Diskussion darüber, ob für ein demokratisches System Parteien unabdingbar sind oder nicht. Gegenwärtig ist das Parlament mit 43 Mitgliedern wie folgt zusammengesetzt: Die drei traditionellen Regionen Tibets, Kham, Amdo und Ü-Tsang, haben jeweils zehn Abgeordnete. Die fünf religiösen Traditionen Tibets, also die Bön-Religion und die vier buddhistischen Schulen können jeweils zwei Abgeordnete ins Parlament schicken. Hinzu kommen zwei Vertreter jener Tibeter, die in Europa leben, und ein Vertreter der Tibeter, die in den USA leben. Seine Heiligkeit hat laut Charta das Recht, zusätzlich bis zu drei Abgeordnete aus dem Kreis der Philosophen und Denker zu entsenden.

Das heißt, die Vertreter der Regionen und der religiösen Traditionen sind in diesem Parlament nicht Vertreter von Parteien oder Ideologien. Sie repräsentieren lediglich eine Gruppe von Menschen. Wenn diese 43 Abgeordneten diskutieren, konzentrieren sie sich allein auf die zu lösenden Fragen und die Sachverhalte und spalten sich nicht in Parteien. Die beiden Mitglieder der Kagyü-Tradition zum Beispiel können in einer Frage ganz unterschiedliche Auffassungen haben.

Dieses System wird allerdings nicht nach Tibet übertragen werden. Wenn wir zurückgehen, werden wir unser Land mit den verschiedenen Regionen haben, und die Zusammensetzung des Parlaments

wird sich an diesen Regionen orientieren. Keines unserer Verfassungsmodelle empfiehlt, daß Mitglieder religiöser Traditionen ins Parlament entsandt werden. Aber selbst wenn dieses System, das wir im Exil haben, in Tibet implementiert würde, verursachte es keinen Schaden.

*Frage:* Welche Rolle wird die Religion noch spielen?

*S.R.:* In unseren zukünftigen Verfassungsentwürfen ist nicht vorgesehen, daß religiöse Gruppen Vertreter ins Parlament entsenden. Das heißt natürlich nicht, daß wir die Religion außer Acht lassen. Der Staat würde sich natürlich auch um religiöse Angelegenheiten kümmern, denn Religion ist eines der Grundrechte des Menschen. Aber der politische Prozeß, die Gesetzgebung etc. wäre davon nicht beeinträchtigt, d.h. die religiösen Ideologien könnten keinen Einfluß darauf nehmen. Die religiösen Menschen und Institutionen werden nicht die Macht haben, sich in die Politik einzumischen, aber der Staat wird sich um die Religion sorgen und die Rechte auf Religionsausübung garantieren.

*Frage:* Sie gehen davon aus, daß China irgendwann ein Interesse daran haben könnte, Tibet freizugeben. China wird in zehn, spätestens in 20 Jahren eine der großen Wirtschaftsnationen sein. Wie können Sie glauben, daß europäischer Druck dann noch irgendetwas bewirken könnte?

*S.R.:* Ich stimme Ihnen zu: Wir nehmen nicht an, daß China uns Tibet freiwillig zurückgibt. Wir glauben, daß sich die Tibeter in Tibet und im Exil durch ihre eigenen Anstrengungen die Freiheit nehmen werden. Warum glauben wir das? Die Wahrheit ist auf unserer Seite, die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite, unsere Forderung ist gerechtfertigt.

Die Annahme, daß China in einigen Jahren eine der größten Wirtschaftsmächte sein könnte, mag vernünftig sein, aber sie ist im Moment nicht Realität. Sobald China eine Gefahr für den Westen und die USA wird, werden diese Staaten begreifen, welchen Fehler sie jetzt begehen. Diejenigen, die heute Chinas Macht aufbauen, werden dann die potentiellen Gegner und Zerstörer Chinas sein. Vor ein paar Jahren konnte sich niemand vor-

stellen, daß die Sowjetunion zerfallen würde. Wenn wir vor zehn Jahren von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen hätten, hätte uns niemand geglaubt, man hätte darüber gelacht. Aber wenn die Dinge geschehen sind, dann sind sie geschehen. So wird es auch mit China kommen.

*Frage:* Seine Heiligkeit hat neulich gesagt, er könne sich vorstellen, daß Tibet ein Teil Chinas ist. Wie ist das zu verstehen?

*S.R.:* Das ist richtig. Auch in den Straßburger Vorschlägen wird diese Möglichkeit in Betracht gezogen, allerdings muß man diese Aussage im Zusammenhang sehen. Tibet kann ein Teil Chinas sein, wenn...

*Frage:* Im Interview gab es kein »wenn«....

*S.R.:* So ist das im Fernsehen, sie reißen Sätze aus dem Zusammenhang, und es entsteht ein falsches Bild. Ich war bei vielen Interviews dabei, die Seine Heiligkeit gegeben hat. Der Dalai Lama würde niemals sagen, daß die Tibeter bereit seien, ein Teil Chinas zu sein, ohne jedes wenn und aber, ohne Bedingungen.

*Frage:* Was hat das tibetische Volk an sich, daß ihm dieses Schicksal widerfährt?

*S.R.:* Sie haben überhaupt nichts »an sich«, und die Tibeter sind nicht die einzigen, die von China unterdrückt wurden. Hunderttausende anderer werden von dem Regime in Peking verfolgt. Es ist Teil einer Ideologie, die auf Gewalt basiert – eine Ideologie, die nie erkennt, daß Dinge auch durch Kooperation geschehen können. Alles muß per Kampf durchgesetzt werden. Eine Veränderung der Gesellschaft, der Geschichte oder des Wirtschaftssystems muß durch Klassenkampf geschehen, und Klassenkampf bedeutet Folter und Verfolgung. Ein Klasse soll durch die Folter einer anderen Klasse gesäubert werden. Diese Ideologie, dieser blinde Glauben ist die unmittelbare Ursache für Völkermord und Verfolgung.

Was die Tibeter selbst betrifft: Nach unserem buddhistischen Glauben hat das tibetische Volk in vergangenen Existenzen schlechtes Karma angesammelt, und wir erleben die Wirkungen nun in diesem Leben.

*Aus dem Englischen von Gerfried Horst, überarbeitet von Birgit Stratmann.*